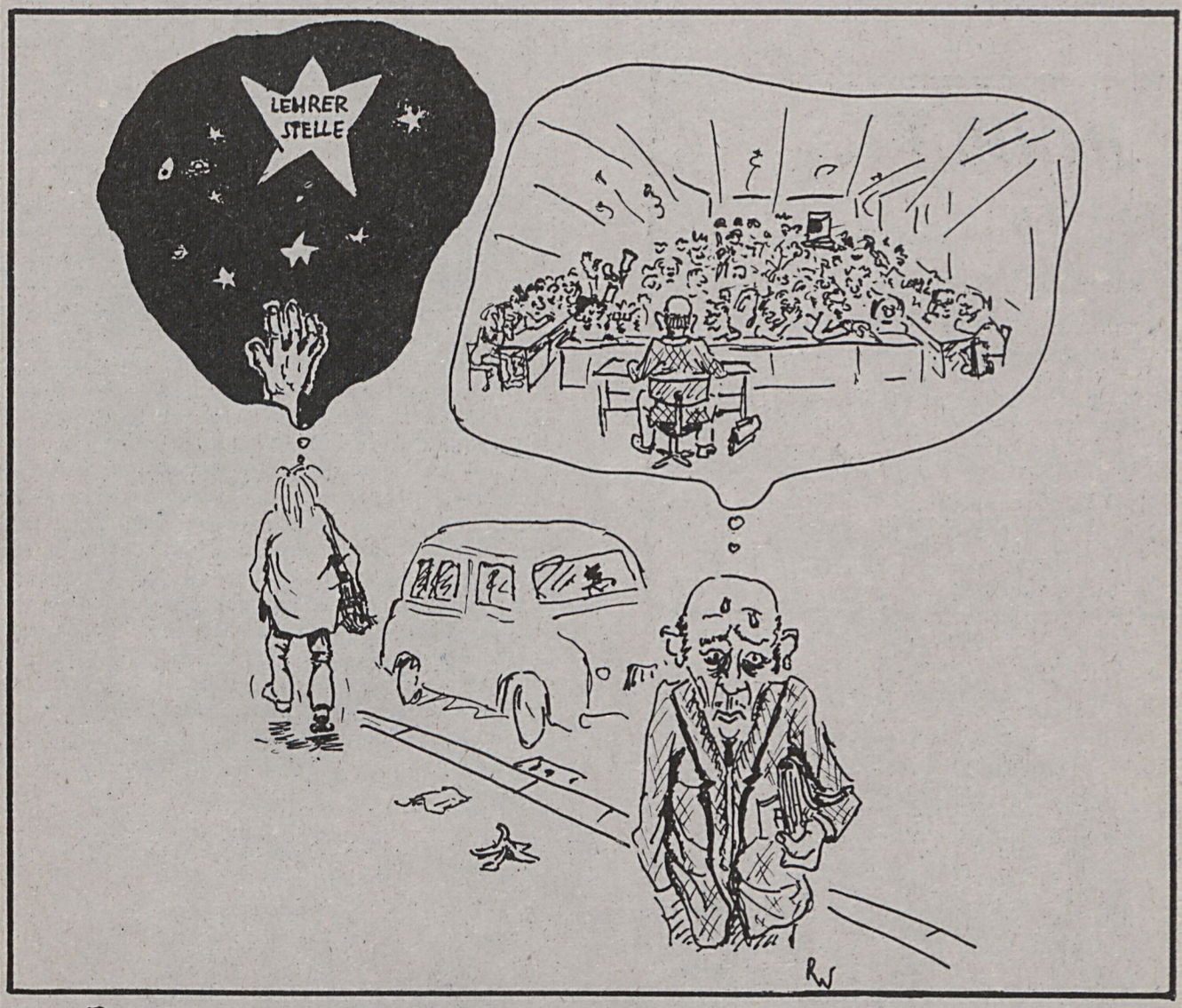
SCHLAGLICHT

Nr. 20

24. Mai 82

ZEITUNG DER STUDENTENSCHAFT DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE DARMSTADT



- Friedenskongress in Frankfurt
- Arbeit„geber": Runter mit den Studentenzahlen
- Lehrerarbeitslosigkeit

SCHLAGLICHT!

erscheint 14-tägig

Impressum

Redaktion:
Christel Fischer
Bernd Golle
Michael Siebel
Franz Nagel
Ulli Buntenbruch
Marianne Nowak
Roland Wengenmayr

V.i.s.d.P. AStA der TH Darmstadt

Redaktionsschluß Nr 21
08.06.82

Herausgeber: AStA der THD

INHALT

Arbeit"geber" :
Runter mit den Studentenzahlen - S.2

Lehrerarbeitslosigkeit - S.4

Frankfurter Friedenskongreß - S.6

VV- Ankündigung - S.9

Auf dem Weg zu einer ökologischen Wissenschaft - S.10

Buchbesprechung - S.13

Podiumsdiskussion - S.14

Hochschulpolitische Nachrichten- S.15

Veranstaltungen - S.16

Arbeit"geber":

Runter mit den Studentenzahlen!

Der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, befürwortet eine Begrenzung bzw. Senkung der Studentenzahlen. Er befindet sich damit in einer ähnlichen Position wie die westdeutsche Rektorenkonferenz. Unterschiedliche Meinungen hatten Arbeitgeber und WRK nur bezüglich der dazu nötigen "Steuermechanismen". Dies war zumindest Ergebnis eines "Spitzengesprächs"
Wie sehen nun die "Steuermechanismen" der Arbeitgeber aus:

"Kostenorientierte Studiengebühren"

D.h.,jeder Student finanziert seinen Studienplatz ganz oder zum Teil selbst, und Studienplätze kosten dann abhängig vom Studiengang unterschiedlich viel. Das ganze will man von Seiten des Arbeitgeberverbandes als "marktwirtschaftliche" Steuerung verkaufen. Um dem ganzen eine "soziale" Komponente zu geben, soll es für die Finanzierung Darlehen geben. Außer, daß diese Lösung dem einzelnen Studenten höhere Schuldenberge aufhalst, läuft sie auf dasselbe hinaus wie der alte Vorschlag, Bafög nur als Darlehen zu vergeben (Vorstellungen von CDU und RCDS). Es ist schon eine seltsame Sache, daß ausgerechnet diejenigen, die die eigentlich Profitierenden eines Studiums sind - Arbeitgeber verwenden schließlich die Studienabsolventen zur Vermehrung ihrer Profite - jetzt diesen auch noch die Kosten für ihre Ausbildung aufbürden wollten. Dies um so mehr, als eine solche Regelung heute vorhandene Bildungsprivilegien festigt und Studienabsolventen, die ihre Schulden nicht mit der linken Hand zahlen können, zwingt, ihre Arbeitskraft ohne Wahl und Mucken zu verkaufen. Vielleicht sollten diejenigen aktiv an der Bildungsfinanzierung beteiligt werden, die von ihr profitieren.

Und so sehen die "Steuermechanismen" der WRK aus:

Gesteigerte Studienanforderungen

Die WRK will die Studentenzahlen durch verstärkte Beratung und gesteigerte Leistungsanforderungen senken bzw. steuern, dies vor allem aus "pädagogischen und sozialen Gründen" (laut dpa). Gesteigerte Leistungsanforderungen können nur bedeuten, daß ein Abitur eben keine Allgemeine Hochschulreife mehr ist und statt dessen ein Numerus Clausus, Studieneingangstests, Probesemester o.ä. dazwischengeschaltet werden. NC ist ja nun nichts neues und auch Tests (Medizin) gibt es schon. Was sich die WRK da noch einfallen läßt, bleibt abzuwarten.

Aber sowohl die Lösungsvorschläge von WRK als auch von Arbeitsgebern zur Entlastung der Hochschulen gehen an den realen Problemen vorbei:

Jugendarbeitslosigkeit - 1982: 330.000

Arbeitslosigkeit 1982: 2 Millionen

Zwar hat der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes gesagt, daß den Abiturienten, die nicht studieren, qualifizierte Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden sollen, ja, daß die Industrie ein besonderes Interesse an solchen praxisorientierten Ausbildungsgängen habe.

Gleichzeitig aber ist die Wirtschaft nicht in der Lage, allen Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Besonders makaber ist es dann auch, wenn man im Z tralorgan des Arbeitgeberverbandes, dem "Arbeitgeber", nachlesen kann, die Jugendarbeitslosigkeit dürfe nicht dramatisiert werden. Da wird gezeigt, daß der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtarbeitslosigkeit gleich geblieben ist.

Lösungsvorschläge, wie die Ausbildungsabgabe, werden als anti-wirtschaftlich gegeiselt, aber aus eigener Kraft schafft es die Wirtschaft offensichtlich nicht mit dem Problem fertig zu werden.

Wer sich auf die "Kraft" der Wirtschaft verläßt, muß warten können. Das gleiche gilt für ihre "
Vorschläge für die Hochschulen.

Aber auch die WRK scheint über den Rand eigener Interessen nicht hinausblicken zu können.

LEHRER-ARBEITSLOSIGKEIT

DER FACHBEREICH ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN WENDET SICH AN DIE ÖFFENTLICHKEIT!

Öffentliche Erklärung zur Lehrerarbeitslosigkeit.

Die Situation der Lehramtsanwärter und der Lehramtsstudenten hat sich in jüngster Zeit dramatisch zugespitzt. Während bis vor kurzem trotz der allgemein schlechten Aussichten Hoffnungen auf Einstellungen für Absolventen gerade der an der THD vertretenen Studiengänger und Studienfächer nicht gänzlich unbegründet schienen, läßt die Haltung der Landesregierung nun weder Hoffnungen noch Illusionen mehr zu. Daß nach dem Willen des Kultusministers die Zahl der Lehrerstellen von derzeit 45.000 auf 42.000, nach dem d s Finanzministers gar auf 36.000 reduziert werden soll, hat zur Folge, "daß bis 1985 jährlich nur ganz wenige Lehrer mit einer Einstellung rechnen können, was wahrscheinlich auch für den überschaubaren Zeitraum nach 1985 gilt" ("Signale beachten! Schlechte Aussichten für Lehramtsstudenten". Sonderdruck aus "Schule in Hessen" 1/1982, Hrsg. v. Hess. Kultusminister). Die Zahl der gegenwärtig schon arbeitslosen Lehrer - in Hessen etwa 4.000, in der gesamten Bundesrepublik 29.400 - wird sich dementsprechend vervielfältigen.

Zur Begründung dieser rabiaten Politik des Kahlschlags gegenüber mehreren Generationen von Lehrerstudenten beruft sich die Landesregierung auf zwei angebliche Sachzwänge: auf die rückläufigen Schülerzahlen und "die angespannte Finanzlage der öffentlichen Hand" ("Signale beachten!" a.a.O.). Daß der eine "Sachzwang" den anderen so trefflich ergänzt, soll den Einstellungsstop nicht nur als gerechtfertigt, sondern geradezu als sachlich geboten erscheinen lassen.

Dagegen ist an folgendes zu erinnern:

1. Bei abnehmender Schülerzahl und steigender Zahl der Lehramtsbewerber könnte die Landesregierung die Schulen endlich vollständig nach der von ihr selbst festgelegten Schüler-Lehrer-Relation mit Lehrern ausstatten. Stattdessen weist sie den Schulen nach wie vor nur 80% der von ihr selbst für nötig gehaltenen Lehrer zu.

2. Die zahlreichen Engpässe in den Schulen könnten durch arbeitslose Lehrer mühelos beseitigt werden. Stattdessen weist das Kultusministerium die Schulen an, Klassen möglichst groß zu bilden (nach dem "Höchstzahlenprinzip) und die Stundentafel - also den den Schülern zustehenden Unterricht- zu kürzen.

3. Die Zahl der jetzt und in den nächsten Jahren zur Verfügung stehenden Lehrer ließe es zu, durch Reduzierung der Klassengrößen und planvolle Förderung die Bildungsmöglichkeiten für alle Schüler erheblich zu verbessern. Stattdessen scheint die Landesregierung Schule auf Dauer als Verwaltung des Mangels und der Unzulänglichkeit organisieren zu wollen.

4. Während die Landesregierung hinsichtlich des Schulwesens sich auf den angeblichen Sachzwang des Finanzmangels beruft, versucht sie auf der anderen Seite mit allen Mitteln teure und umstrittene Großprojekte durchzusetzen. Auf Bundesebene kann von einer Kürzung des riesigen Militärhaushalts keine Rede sein. Beides belegt, daß die Stellenkürzungen im Schulbereich nicht Folge eines als Sachzwang unausweichlich wirkenden Finanzmangels, sondern Folge politischer Entscheidungen gegen das Bildungswesen ist.

Angesichts dieser Sachverhalte sind wir als Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und Psychologie nicht bereit, diese Politik der Landesregierung gegenüber unseren Studenten zu rechtfertigen oder auch nur um Verständnis für sie zu werben. Wir halten es im Gegenteil für unsere Pflicht, gemeinsam mit unseren Studenten nach den gesellschaftlichen und politischen Ursachen dafür zu fragen, daß mehreren Generationen von Lehrerstudenten und zahlreichen anderen jungen Menschen die Teilnahme an der gesellschaftlichen Arbeit verwehrt und damit die materielle Grundlage selbständiger Existenz entzogen wird. Dabei werden wir auch den Umstand zu bedenken haben, daß die auf Kosten der Schüler und gegenwärtig insbesondere der Lehramtsstudenten und -anwärter erfolgende Demontage der Bildungspolitik gerade durch eine sozialliberale Landesregierung vorgenommen wird, die einst eine an den Bildungsbedürfnissen orientierte Reformpolitik verheißen hatte.

gez. Gamm
gez. Koneffke
gez. v. Machui
gez. Pooria
gez. Steffens
und viele andere.

frankfurter friedens kongress

Zum Frankfurter Friedenskongreß haben der ASTA-UNI Frankfurt und das soz. Büro Offenbach ein Thesenpapier herausgegeben, das wohl eine Diskussions - grundlage bilden soll. Allerdings ist der Text mit Fremdwörtern und Bandwurmsätzen derartig gespickt, daß man geneigt ist, ihn als neuartigen kombinierten für Konzentrationsfähigkeit und Sprachkennt - nisse anzusehen. Doch, Spaß beiseite, da eine Auseinandersetzung mit dem Papier auf jeden Fall lohnt, folgt hier eine Übersetzung und Inhaltsangabe, die auch für weniger sprachorgastisch- begeisterte Le - ser akzeptabel sein soll:

In dem Text wird das derzeitige Anwachsen der Friedensbewegung und somit die diffuse Angst der Menschen, die damit verbundene zunehmende Wider - standsbereitschaft gegen weitere Aufrüstung hinterfragt. Es wird die These aufgestellt, daß die Er - kenntnis der Unzulänglichkeit militär. "Friedens- sicherung " (⇒ Abschreckung) und der damit verbundenen Bedrohung menschlicher Existenz zwar die Friedensbewegung gebar, ihre heutige Bedeutung aber längst nicht mehr auf dieses Thema beschränkt ist. Vielmehr handelt es sich bei der Kriegsangst um ein Sinnbild für allgemeine z.T. unbewußte gesellschaft- Ängste. Die zerstörerische Kraft unserer Gesellschaft (im Text "Destruktionspotential" genannt) äußert sich nur am vordergründigsten in der Rüstung, in der Drohung totaler Vernichtung. Es handelt sich um eine tiefgehende zivilisatorische Krise unseres Wachstumsmodells.

- Destabilisierung der Blöcke? -

Dazu kommt, daß die atomar abgesicherte Bipolarität, also die Weltherrschaft zweier, sich als gleichgewichtig anerkennende Supermächte, ins Wanken geraten ist. Zum einen ist dies durch die Entspannungspolitik geschehen, zum anderen durch einen zunehmenden ökonomischen Gegensatz im westlichen Bündnis, der durch den sicherheitspolitischen, wie er sich in Militärdoktrinen niederschlägt, noch gesteigert wird. In diese Widersprüche ist nun die Friedensbewegung hineingestoßen, sie ist damit ebenfalls zu einem "Moment der Destabilisierung" geworden, obwohl sie die Friedenserhaltung will. Sie ist gezwungen, Alternativen aufzuweisen, welche jedoch die alte Ordnung der Bipolarität nur noch weiter in Frage stellt. Alle sicherheitspolitischen Überlegungen weisen jedoch in die alte Richtung - ob die Friedensbewegung will oder nicht. Sie ist gezwungen, in umfassenden Dimensionen zu denken, um nicht durch Versuche des bloßen Verhinderns ihrer eigenen emanzipatorischen Triebkräfte zu blockieren.

Daß gesellschaftliche Veränderungen im Bereich der Staaten des "realen Sozialismus" den Block-- und Sicherheitszusammenhang berühren, wird am Beispiel Polens deutlich. Die sozialen Bewegungen in Ost und West stellen eine nach 1945 etablierte Bipolarität in Frage, jedoch ist die Bewegung im Osten gesellschaftlich sogar national, während sie im Westen vor allem auf die Friedenssicherung bezogen ist.

Ihre unmittelbaren Interessen können sich unterscheiden, obwohl sie beide Momente der Destabilisierung sind. Diesen Widerspruch aufzunehmen, ist also eine der Aufgaben der Friedensbewegung.

Zu diesen zählt ebenfalls, dagegen zu wirken, daß das als legitim anerkennende Sicherheitsargument der Warschauer Vertragspartner nicht zur Zerschlagung von gesellschaftlicher Opposition genutzt wird. Die Friedensbewegung muß durch klare Solidarität mit der Oppositionsbewegung dort die politischen und sozialen Inhalte stützen, die auch auf einen Wandel der Beziehungen zwischen Ost und West hinauslaufen. Doch nur wenn diese Inhalte auch von der Friedensbewegung aufgenommen werden, können ihre sicherheitspolitischen Argumente und Vorstellungen von der dortigen Opposition ernst genommen werden.

– "Europäisierung Europas" –

Die Bipolarität und deren Zwang, sich in Blöcken zusammenzuschließen, hat zu einer Verdrängung von Konflikten, wie zum Beispiel die nationale Identifikation usw., wie sie früher in Europa üblich waren geführt. Gerade die zunehmende Beschäftigung mit deutschen Fragen in Deutschland aber weckt in anderen Ländern Erinnerungen an den deutschen Nationalismus und schafft Mißtrauen. Da die deutsche Friedensbewegung sowieso die Bipolarität in Frage stellt, wird diese historische Dimension von ihr bei der Erstellung deutschlandpolitischer Konzepte nicht ernst genug genommen. Dies führt zu irreführenden Verdächtigungen ihr gegenüber. Die deutsche Friedensbewegung muß deshalb eine europäische Perspektive finden, zumal die Krise deutlich macht, daß es eine Veränderung im Gesamt-Europa bedarf, in Ost und West.

– Gesellschaft ohne Perspektive ? –

Das Versprechen vom Wohlstand, gleichen Chancen und einem in deutscher Geschichte einmaligen Maß an Demokratie ist fragwürdiger den je. Die gleichen Chancen für alle ändern an der Wolfsmentalität der allseitigen Konkurrenz nichts, sie werden heute selber wieder zurückgenommen. Das angeblich einzigartige Maß an Demokratie zeigt sich als ein entarteter und rituell im Namen einer großen Wählermehrheit arbeitenden Parteiensystem. Es wälzt grundlegende Probleme ab und schnürt eine, sich bildende Fundamentalopposition repressiv ab.

Eine weitere Schuld an dieser Ernüchterung trägt das Arbeitssystem, welches aufgrund mod erner Technologien Arbeitsplätze beschränkt, und die Arbeit immer monotoner, raumentleerter macht. 2 Millionen Arbeitslose, mindestens 1 Million Arme und eine wachsende Zahl vom Arbeitsprozeß psychisch oder physisch Erkrankter sind die Folge.

Zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens sind immer größere Zwänge notwendig, sollen die Arbeitenden und Funktionstüchtigen, gegen die "Verlierer" dieses Modells ausgespielt werden. Um Risse im herrschenden Block in Staat, Parteien und Gewerkschaften zu kitten oder wenigstens den Machteinfluß der loyalen Teile zu retten, wird derzeit eine Taktik der Gesellschaftsspaltung und politischen Ausgrenzung verfolgt, die sich in der Diffamierung der Arbeitslosen, in der Ausländerpolitik und in der grundsätzlich kompromißlosen Behandlung selbst großer Protestbewegungen zeigt. Diese Strategie der Disziplinierung und der Repression soll eine tieferliegende Krise überdecken: der Bankrott einer größenwahnsinnigen Ökonomie und erstarrten Politik. So wie im Innern der Gesellschaft die Instabilität zunimmt, so produziert sie "außen" Instabilität und Kriegsgefahr. Nicht nur ein nicht nachlassender Export von Kriegsmaterial, sondern auch von vollkommen "friedlichen" Gütern und Technologien setzen Verhältnisse der sozialen Ungleichheit und politische Unterdrückung in der Welt voraus, und sie alle reproduzieren diese Verhältnisse.

Daher sind Bürgerkriege, Konkurrenz und Konfrontation der Blöcke auf der ganzen Welt – trotz taktischer Differenzen zum "großen Bruder" USA – eben auch "made in germany". Welche Folgen die enorme Exportorientierung des westdeutschen Kapitals hat, blieb bisher immer im Zwielicht politischer Unschuld. Ein Punkt, an dem die Friedensbewegung, aber auch die Gewerkschaften (sofern am Anpacken sozialer und ökonomischer Probleme abhängige Arbeitender wirklich interessiert) nicht vorbeikommen werden.

Gesellschaftliche Alternativen.

Die in den Gewerkschaften und den verschiedenen Protestbewegungen artikulierten gesellschaftlichen Alternativen haben also sehr viel mit Frieden zu tun: sie schließen ausdrückliche politische Schritte des Abbaus von militärischer Bedrohung nicht aus, sie zeigen aber eine weitergehende Perspektive der gesellschaftlichen Friedenssicherung auf. Arbeitsverkürzung, Alternativen zur großindustriellen Menschen- und Naturzerstörung, wie auch bloßer Abwehrkampf gegen reale Lohnsenkung, Arbeitsplatzvernich-

tung und Arbeitsplatzentleerung müssen die Voraussetzung dominierender Weltmachtorientierung des Kapitals ebenso angreifen, wie sie soziale und politische Tendenzen der Spaltung der Gesellschaft durchkreuzen müssen.

— Emanzipation von Angst —

In der Auseinandersetzung um die derzeitigen Strukturen unserer Gesellschaft leuchtet die Utopie vom selbstbestimmten, freien und kreativen Zusammenleben auf. Die im Gegensatz zur rituell erstarrten Herrschaftlichen Politik lebendige Kultur "von unten" wird von der wachsenden "Sicherheitspolitik" ebenso bedroht, wie sie selbst für jegliche Militärmacht eine Bedrohung darstellt. Da sich die Politik des Herrschenden auf Ängsten gründet, bringt die politische Bearbeitung dieser Ängste durch die Friedensbewegung und die breite Emanzipation von diesen Ängsten eine Gefahr für sie.

Sehnsucht nach einem Frieden ohne Waffen, wachsender Widerstand gegen weitere Aufrüstung als äußeres Zeichen allgemeiner gesellschaftlicher Mängel, das ist sicherlich eine provokante These, über die man streiten kann. Nicht von der Hand zu weisen sind aber nicht wenige Argumente, die in diesem Text zu ihrer Unterstützung angeführt sind. Es ist jedenfalls erfreulich, daß sich die Friedensbewegung um eine klarere allgemeine politische Linie zu bemühen und sich ihrer Rolle in der heutigen Zeit bewußt zu werden sucht.

Der Kongreß findet vom 17. bis 2o. Juni 1982 in Frankfurt statt. Die verschiedenen Plena, Arbeitsgruppen und das Kulturprogramm stehen allen Interessierten, die sich mitt Kritik oder Vorschlägen an der Diskussion beteiligen wollen, offen.

Die Vorbereitung erfolgt durch:

AStA Uni FfM
Jügelstraße 1
6ooo Frankfurt/M.
o611/ 77 75 75

Sozialistisches Büro
Ludwigstraße 33
6o5o Offenbach/M.
o611/ 88 5o o6

VOLLVERSAMMLUNG DER STUDENTENSCHAFT

Vom AStA wurden bisher folgende Themenvorschläge an die Fachschaften zur Diskussion gegeben:

- **Situation der Hochschuldidaktik an der TH**
  Hierzu muß bemerkt werden, daß die Dekane der Fachbereiche 16 bis19 im Lehr-Studienausschuß einen Antrag gestellt haben, das Zentrum für Hochschuldidaktik aufzulösen. Wie vielleicht einige Studenten wissen, hat das Zentrum bei der Beratung der Fachschaften bezüglich der Durchführung von Orientierungseinheiten eine wichtige Rolle gespielt. Wir denken, daß die Studentenschaft ein klares Votum für das Zentrum aussprechen sollte.

- **Auswirkungen der Mittelkürzungenan der Hochschule**
  An verschiedenne Fachbereichen wurden vor einiger Zeit Numeri Clausi eingeführt. Dies kann als direkte Auswirkung der"knappen Kassen" der Hochschule angesehen werden. Um ein langfristiges Konzept an der TH zu diskutieren, dieser Tagesordnungspunkt auf der Vollversammlung.

- **Friedenbewegung an der THD**
  Wie ihr vielleicht wißt, wurden vom AStA verschiedene Veranstaltungen zum Thema "Frieden und Abrüstung" im letzten Semester duchgeführt. Auf der VV soll zu einen über die Fortführung dieser Arbeit gesprochen werden, zum andern aber nochmals zur Demo am darauffolgenden Donnerstag anläßlich des NATO Gipfels in Bonn mobilisiert werden.

Diese Tagesordnungspunkte sind nur ein Vorschlag. Wer Interesse hat an der Vorbereitung der VV mitzumachen, kann sich gerne mit den Referenten im AStA in Verbindung setzen.

AStA

DEN FOLGENDEN BEITRAG VON ROLAND KOLLERT ÜBERNEHMEN WIR AUS DEM EXTRAHEFT 3 DER „FRANKFURTER BLÄTTER".

200 Elementarteilchen ins Korn werfen

Auf dem Weg zu einer ökologischen Wissenschaft

ES GEHT HIER UM WISSENSCHAFTLER, DIE NICHT MEHR NUR DAS TÜN WOLLEN, WAS IN UNI ODER MULTI VON IHNEN VERLANGT WIRD.

DIESE LEUTE WOLLEN IHR WISSEN DA EINSETZEN, WO ES WIRKLICH NÜTZT – Z. B. FÜR DEN UMWELTSCHUTZ.

IN DEM ARTIKEL STEHT ZUERST, WIE'S BISHER WAR UND WIE ES AN DER UNI BREMEN ZU EINER ZUSAMMENARBEIT MIT BÜRGERINITIATIVEN KAM. DANN ERFAHRT IHR, WAS WISSENSCHAFTLER IN BIS 'TUN UND WARUM SIE EIGENE ALTERNATIVE INSTITUTE GRÜNDEN MUSSTEN. DARAUF FOLGEN ÜBERLEGUNGEN, WAS ALTERNATIVE WISSENSCHAFT DENN IST UND ZUM SCHLUSS NOCH EIN PAAR GEDANKEN, WAS DIE WISSENSCHAFT MIT 'DER PSYCHE DER LEUTE ZU TUN HAT, DIE SIE MACHEN.

Spätestens seit den bewegten Jahren um '68 galten an den deutschen Hochschulen Studenten der naturwissenschaftlichen und technischen Fächer als politisch träge. Vollversammlungsredner und Asta-Referenten stammten durchweg aus den geisteswissenschaftlichen Fakultäten. Politisierte Studenten, die die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf unterstützen wollten, stürzten sich in das Studium der Gesellschaftswissenschaften. Im Bundestagswahlkampf 1974 konnte Franz Josef Strauß sich bei seiner Aufzählung systemfeindlicher Akademiker beschränken auf: Politologen, Soziologen, Psychologen und Pädagogen. Die wenigen, vom politischen Trend mitgerissenen Naturwissenschafts- und Technikstudenten übten sich im Zerpflücken der popperschen Erkenntnistheorie oder bereiteten sich in kleinen Zirkeln auf ihren langen Marsch durch das Management mit intensivem Seminarmarxismus vor. Über die Rolle von Naturwissenschaft und Technik vernahmen diejenigen, die in die Kapitalschulungen marxistischer Hochschulgruppen kamen, in veränderter Wortwahl das, was sie im Deutsch- und Sozialkundeunterricht der Gymnasien bereits gehört hatten: an sich wertfrei und objektiv, kann durch die Herrschenden mißbraucht werden.

Während als Reaktion auf die erste Ölkrise eine der aus der Studentenbewegung entstandenen K-Gruppen eine bundesweite Kampagne für die revolutionäre Entfesselung von Wissenschaft und Technik startete[1], begannen bereits an einigen Hochschulen Naturwissenschafter, ihre fachlichen Fähigkeiten zur Unterstützung der jungen Umweltbewegung als Bremsklotz für den bislang ungehinderten technischen Fortschritt einzusetzen.

Hervorstechendes Beispiel für das Zustandekommen des ökopolitischen Engagements von Naturwissenschaftern ist vielleicht die Entstehungsgeschichte des kernkraftkritischen Projektes »SAIU« an der Universität Bremen (1972/73).

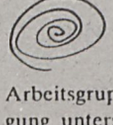
BREMEN: WISSENSCHAFTLER ARBEITEN MIT BÜRGERINITIATIVE ZUSAMMEN

Auf den Druck der Studentenbewegung, auf ihre Kritik am Elfenbeinturm-Charakter des problemfernen Ausbildungsbetriebs wissenschaftlicher Hochschulen hin hatte man für die frisch gegründete Universität Bremen das Projektstudium konzipiert. Hochschullehrer, Studenten und Dienstleistende sollten in drittelparitätischer Kooperation »zugunsten der Unterprivilegierten« (SPD) Forschung und Lehre an dringlichen, gesellschaftlich wichtigen Fragestellungen ausrichten.

Als man im Studiengang Mathematik, Physik, Elektrotechnik in begeisternder Aufbruchsstimmung und gruppendynamisch günstiger Atmosphäre beriet, was man tun könne, kam ein entscheidender Anstoß von außen.

An der Unterweser, eine Autostunde entfernt von Bremen, hatte die niedersächsische Landesregierung 1971 den Bau des damals größten Atomkraftwerks der Welt beschlossen. Eine Handvoll Umweltschützer aus Bremen und Umgebung sammelte Unterschriften gegen das Vorhaben und erhob sachliche Einwände, welche die damals durch wissenschaftliche Einzelkämpfer (wie Professor Karl Bechert) verbreiteten Gegenargumente umfaßten. Nun stand ein atomrechtlicher Erörterungstermin bevor, und um den Behördenexperten Paroli bieten zu können, wandten sich die aufmüpfigen Bürger an die Physik-Hochschullehrer der Reformuniversität. Die Anfrage führte schließlich zu dem ökopolitisch erfolgreichsten Projekt der bremer Universität.[2]

2 Das Projekt »*Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion Unterweser*« (SAIU) veröffentlichte später eines der ersten kernenergiekritischen Sachbücher (»*66 Erwiderungen*«), entwickelte empfindliche Umwelt-Strahlenmeßgeräte, die unter anderm zur Aufdeckung des karlsruher Atommüllskandals von 1975 beitrugen, und sandte Gutachter und Sachbeistände zu zahlreichen Erörterungsterminen und Gerichtsverfahren an bundesrepublikanische Atomkraftstandorte. Es soll nicht verschwiegen werden, daß man zu Beginn des Projekts einige Schwierigkeiten damit hatte, die um ihre Freizeit-Gesundheit besorgten mittelständischen Bürger zur Gruppe der Unterprivilegierten zu rechnen sowie sich über die Gefahren sozialistischer Radioaktivität zu einigen.



WAS VERÄNDERT SICH DADURCH?

Arbeitsgruppen von Naturwissenschaftern, die die Umweltschutzbewegung unterstützen wollten, bildeten sich Mitte der siebziger Jahre an vielen deutschen Hochschulen. Sie begannen, die von Industrie und Behörden verbreiteten Informationen über Umweltthemen, insbesondere Kernkraft, zu prüfen und sammelten und recherchierten kritische naturwissenschaftlich-technische Arbeitsmaterialien.

Pate standen dabei die beißende Kritik der Studentenbewegung an der lebensfernen Bildungsfabrik Universität und die Atomkraftopposition gestandener Bürger, der 1975 mit der spektakulären wyhler Platzbesetzung ein (von den Achtundsechzigern woanders längst ersehnter) Durchbruch der massenpolitischen Schallmauer gelang.

Quasi verspätet hatte die Studentenbewegung der Naturwissenschafter begonnen. Sie wurden jetzt mit ihren angestammten fachspezifischen Fähigkeiten politisch gebraucht und waren nicht mehr dazu verurteilt, passive Gefolgsleute ihrer theorieüberlegenen, redegewandten Kommilitonen der sozialwissenschaftlichen Fächer zu sein.

Das Engagement in der Bürgerinitiativbewegung hatte für die Naturwissenschafter auch eine emanzipatorische Nebenwirkung: es lockerte den eintönigen Alltag eines mit abstrakten Logiken oder grauem Faktenwissen vollgestopften Leistungsstudiums auf. Studenten, die Schwierigkeiten gehabt hatten, vor einem Dutzend Kommilitonen einen physikalischen Seminarvortrag zu halten, traten später in den entferntesten Gegenden als Hauptredner bürgerlicher Massenveranstaltungen auf.

In der Szene ökopolitisch engagierter Wissenschafter, der schon längst auch Ökonomen, Juristen, Forstleute und Soziologen angehören, besteht heute ein bundesweites Netz an Kontakten.

Man weiß, wo auf welchen Gebieten gearbeitet wird, kennt sich persönlich oder hat voneinander gehört, lädt sich zu Arbeitstreffen und Veranstaltungen ein und tauscht mit der Selbstverständlichkeit derjenigen, die in einem Boot sitzen, Arbeitspapiere, Publikationen und Nachrichten aus.

WAS TUN DIE ALTERNATIVEN WISSENSCHAFTLER IN/ DEN BÜRGERINITIATIVEN?

Die Bürgerinitiativen haben sehr schnell die politische Brisanz des von der Uni geholten, vor Ort eingesetzten behörden- und industriekritischen Wissenschafters erkannt. Wenn er bei Pro- und Kontradiskussionen – etwa in der Anfangszeit des Kernkraftwiderstandes – aufdeckte, daß Atomkraftwerkskamine doch nicht dem Ansaugen von Frischluft, sondern der Abgabe von Radioaktivität dienten, oder Plutonium aus hiesigen Reaktoren sich doch zum Bombenbauen eignete, schlug die Stimmung des Abends zugunsten der Bürgerinitiative um. Auch wenn er sich einmal im Rausch der überwallenden obrigkeitsmißtrauischen Stimmung auf reaktortechnisches Neuland zu weit vorgewagt hatte und die Gegenseite ihn zurechtweisen konnte, endeten solche Informationsveranstaltungen häufig in aufruhrartigen Saaltumulten.[3]

Mit dem Fortschreiten der Ökologiebewegung weiteten sich auch weit über das Einstiegsthema Atomenergie hinaus die Sachgebiete aus, für die wissenschaftliche Zuarbeit nötig war: sanfte Energietechnik, fossile Kraftwerke, Energieversorgungsstrategie/-prognosen, Chemikalien in der Umwelt, Verkehrssysteme, Wasserhaushalt, industrielle und alternative Landwirtschaft, Küstenschutz, Arbeitsmarktpolitik, Wirtschaftswachstum, Umweltrecht, Ökologie im Unterricht. Heute gibt es an so gut wie allen Universitäten und auch an sonstigen, freieren Forschungsinstituten ökologisch engagierte Wissenschafter, die zum Teil eng mit Bürgerinitiativen zusammenarbeiten oder deren Dachverbände beraten. Sie bestreiten Vortragsveranstaltungen, publizieren Broschüren für den Markt der Büchertische, untersuchen verdächtige Umweltproben und werden zu Anhörungen und Gerichtsverfahren abgeordnet. Es braucht kaum erwähnt zu werden, daß die erfolgreichsten Bürgerinitiativen über eine fächerdeckende Klaviatur von persönlichen Kontakten zu Fachleuten verfügen. Oft sind Öko-Wissenschafter auch selbst aktive Mitglieder in einer Bürgerinitiative am Wohnort und bringen ihre fachlichen Kenntnisse oder ihre Fähigkeiten zu zielorientierter Arbeit und ideologieentlastender Analyse unmittelbar ein.

Cartoon: Rauschenbach

FÜR EINE FORTSCHRITTLICHE WISSENSCHAFT...

... MÜSSEN AUCH EIGENE INSTITUTE SEIN!

Ökologisch engagierte Wissenschaft konnte keine Freizeitbeschäftigung bleiben. Dem Know how der Arbeitsteams staatlicher Forschungsinstitute, der geballten Gutachtermacht der Behörden war mittels Kreativität und ehrenamtlicher Begeisterung auf Dauer nicht standzuhalten. Vor allem im Rahmen von aufwendigen Anti-Kernkraft-Prozessen tauchte erster Bedarf an kontinuierlicher, verläßlicher Sacharbeit auf.

Auch konnten Wissenschafter-Gruppen, die mit zunehmender politischer Brisanz namentlich an die Öffentlichkeit traten, sich nicht immer auf wohlwollende Duldung ihrer Aktivitäten durch Lehrstuhlinhaber oder Universitätsleitung verlassen.[4]

4 Das Tutorium Umweltschutz der Universität Heidelberg hatte im Auftrag der Kläger mit einem Radioökologiegutachten in den Wyhl-Prozeß eingegriffen. Das für den geplanten Atommeiler als Genehmigungsbehörde zuständige Ministerium forderte daraufhin die Universitätsverwaltung auf, dem Tutorium die organisatorische Einbindung in die Universität zu entziehen. Darüberhinaus wurde gegen die Öko-Forscher ein Prozeß wegen unzulässiger Veröffentlichung im Namen der Universität angestrengt. Resultat war schließlich die Gründung des rechtlich selbständigen »Instituts für Energie und Umweltforschung«, Heidelberg.

Schließlich hatten Studenten oder Doktoranden den verständlichen Wunsch, ihre ökologisch engagierte Arbeit weiterzuführen und nicht eine berufliche Laufbahn in Industriemanagement oder der etablierten Auftragsforschung einschlagen zu müssen (wenn sie es hätten können).

So entstand mit politischer und teilweise materieller Unterstützung von Bürgerinitiativen eine Reihe von ökologischen Forschungsinstituten. Etwa zwei Dutzend sind heute in einem Dachverband organisiert, der »Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF)«.

Im Spektrum der etablierten Wissenschaft und Forschung nehmen die unabhängigen Umweltinstitute eine meist mißtrauisch beobachtete Randgruppenposition ein. Bei geringer materieller und personeller Ausstattung sind sie mit einer alltäglich eintreffenden Fülle auskunft- und hilfeerheischender Bürgeranfragen und ökopolitischer Abwehrkämpfe gegen Industrie und Behörde bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gefordert. Auf einer Gratwanderung zwischen der Beschränktheit regelmäßiger Mitglieds- und Spendenbeiträge und dem Abgrund finanzieller Abhängigkeit von staatlichen Forschungsaufträgen, die nach tagespolitischen Launen gewährt werden oder nicht, versuchen sie, dem für alternative Projekte häufigen Weg des ökonomischen Scheiterns zu entgehen. Gilt es auf der einen Seite, geradlinig und effizient zu arbeiten, müssen zum phantasielosen Betrieb der Großforschungsmühlen alternative Formen für Entscheidungsfindung entwickelt und muß Raum für persönliche Entfaltung und Kreativität bewahrt werden.[5]

Ökologische Wissenschaftsinstitute müssen als längerfristiges Hauptziel Kompetenzen sowie altes und neues Wissen verteilen und dezentralisieren helfen und dürfen sich nicht zu einsam vorgelagerten Inseln elitärer Öko-Forscher entwickeln. Nicht zuletzt aus diesem Grund brauchen sie die tatkräftige Unterstützung der Bürgerinitiativen und aller derer sonst, die am Überleben des Planeten interessiert sind.

WIESO IST ÖKOLOGISCH ORIENTIERTE WISSENSCHAFT „KRITISCH"?

Die aufkommende Richtung ökologischer Wissenschaft und kritischer Forschung läßt fragen, wie tiefgreifend die neuen Ansätze sind, ob mit vielleicht neuen Zielsetzungen bewährte Methoden und innere Prinzipien abendländischer Wissenschaft besser angewendet werden sollen, oder ob sie dabei sind, die Wissenschaftlichkeit selbst ins Wanken zu bringen.

Der gelegentlich gebrauchte Ausdruck »kritische Wissenschaft« ist dabei bestimmt keine glückliche Wortschöpfung, erhebt doch die klassische, etablierte Wissenschaft mit ihrer Verklärung von Objektivität und Rationalität an sich einen obersten Anspruch auf Kritikfähigkeit. Worauf zielt die angewandte Kritik der alternativen ökologischen Wissenschaft? Was ist daran alternativ?

Wenn aufgedeckt wird, daß Kernfusionsforscher bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit noch ungelöste, schwerwiegende Umwelt- und Technikprobleme routinemäßig verschleiern, ist dies Kritik an der Verantwortungslosigkeit und den Selbstzwecktendenzen des herrschenden Wissenschaftsbetriebs.

Wenn Nachbarn einer Industrieanlage Öko-Wissenschaftern giftverdächtige Bodenproben anvertrauen und diese brisante Meßergebnisse der Presse mitteilen, so ist dies Kritik an der Bürgerunzugänglichkeit des Wissenschaftsbetriebs und dessen obrigkeitsverhaftetem Herrschaftscharakter.

Wenn dem Bürger in erschwinglichen Broschüren das Betriebsrisiko einer Industrieanlage, die Ergebnisse ökologischer Forschungen, das Funktionieren von Umweltmeßgeräten in verständlicher Sprache erläutert werden, so ist dies Kritik am Flair von Computerrechnungen, an der Statussymbolik von Fachbegriffen, am hohen Roß der Wissenschaftlichkeit.

Wenn enthüllt wird, daß die Industrielobby auf das Arbeitsteam einer Reaktorsicherheitsstudie direkten Einfluß genommen und in deren Ergebniszusammenfassung bei der Zahl der Unfalltoten die Strahlenkrebsfälle nicht berücksichtigt hat, so ist dies Kritik an der leichten Manipulierbarkeit von Forschungsergebnissen gegenüber Laien und der Verfilzung von Wissenschaft mit den Interessen der Auftraggeber.

Wenn offengelegt wird, daß sich Strahlenschutzkommissionen bei der Bestimmung von Dosisgrenzwerten orientieren an der volkswirtschaftlichen Minimierung der Gesamtkosten für aufzuwendende Industriefilteranlagen einerseits und verursachte Krankheits- und Todesfälle anderseits (Kosten für Behandlung, Rente und Verdienstausfall), so ist dies Kritik an den eindimensionalen, monetären Bewertungsmaßstäben einer der Umweltkriminalität nahekommenden wissenschaftlichen Beratungspraxis.

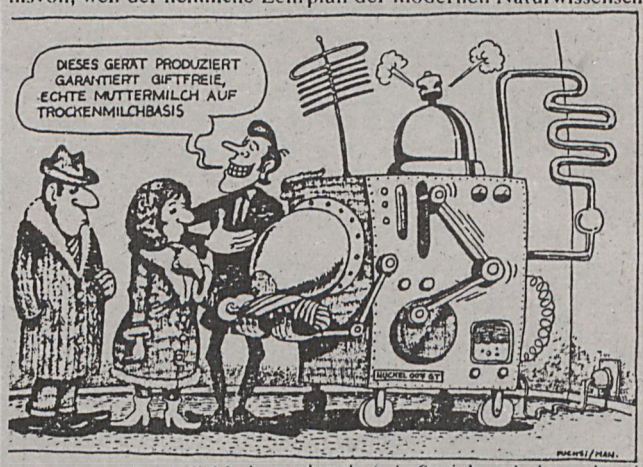
Wenn die bestehenden Kenntnislücken über die wechselseitig sich verstärkende Zusammenwirkung chemisch, radiologisch und psychisch wirkender Umweltbelastung beschrieben werden, so ist dies Kritik an fachbornierter Unfähigkeit, übergreifende Problemzusammenhänge zu erkennen und zu erforschen.

Wenn soziale und politische Folgewirkungen eines großtechnischen Energie- oder Verkehrssystems untersucht und sanftere Alternativen vorgestellt werden, so ist dies Kritik an der großtechnologischen Ausrichtung von Forschungspolitik und der Vernachlässigung sozialer Rückwirkung von Technologie.

SIND WISSENSCHAFTLER DENN NORMALE MENSCHEN ?

Die Wissenschaftskritik der Öko-Bewegung hat angesetzt an den unsympathischen, lebensfernen Erscheinungsformen, an der verantwortungslosen Ergebnisumsetzung der Wissenschaft, an ihrer Vereinnahmbarkeit für die mächtigen Interessen der Megamaschine. Öko-Wissenschafter haben begonnen, bei Minderbewertung detailorientierter Exaktheit mit der Betonung umwelt- und lebensschützender Werte nach inneren Fehlentwicklungen der Wissenschaftlichkeit selbst zu suchen. Eine Antwort zu finden, ist nicht einfach.

Welche verborgenen Beweggründe drängen Wissenschafter dazu, mit immer feineren analytischen Methoden die Natur zu zergliedern und durch theoretische Konstruktion von Modellen immer exakter berechenbar zu machen? Welcher Antrieb steckt hinter dem inneren Zwang, jede Qualität in Quantität zu verwandeln, hinter dem nicht enden wollenden Bemühen, die Materie in zunehmend kleinere Teile zu spalten (inzwischen sind 200 Elementarteilchen bekannt) und das Funktionieren des Kosmos in einer Weltformel physikalischer Symbole zu beschreiben?
Die durch gewaltige äußere Erfolge verdeckten inneren Entwicklungsgesetze abendländischer Wissenschaftlichkeit haben meines Wissens weder bürgerliche Wissenschaftstheoretiker noch historische Materialisten befriedigend erklären können.
Freilich gibt es sozialpsychologische Anzeichen dafür, daß Persönlichkeitsstrukturen des Naturwissenschafters selbst die Fach- und Methodenentwicklung beeinflussen. Mit seinen Schwächen im zwischenmenschlichen Bereich sucht er mit Hilfe seiner hohen begrifflichen Intelligenz den Ausgleich für soziale Benachteiligung im Erbringen geistiger Leistungen. Dabei wählt er Wissensgebiete aus, die subjektive, offenere Interpretationen und Debatten nicht zulassen, aber durch möglichst eindeutig festgelegte Leistungsqualitätsstandards eine indirekte Bestimmung der eigenen sozialen Position ermöglichen.
Mit Problemen individueller, persönlicher Art braucht sich ein Wissenschafter, der Objektivität und Rationalität verpflichtet ist, nicht zu befassen. Er kommt am besten zurecht, wenn er sich mit abstrakter Wahrheitsfindung (Grundlagenforschung) oder der wissenschaftlich-technischen Lösung von Zweck/Mittel/Problem befaßt, ohne sich als neutraler Experte um die der Allgemeinheit zugängliche Bewertung und politische Festlegung von Zwecken oder Folgewirkungen kümmern zu müssen.
Solche fein vernetzten Zusammenhänge erscheinen deshalb so verhängnisvoll, weil der heimliche Lehrplan der modernen Naturwissenschaft die



angelegten Persönlichkeitsmerkmale (wie Sozialpsychologen beschrieben haben) in ihrer Einseitigkeit verstärkt. So ist es glaubhaft, daß jahrzehntelange, hauptamtliche Beschäftigung mit nüchternen Rechenmodellen, leblosen Meßapparaturen und wertfreien Einzelfakten die Menschen selbst gefühlsarm und unempfänglich für wertbezogene Handlungsregeln machen kann.
Daß die modernen Geisteswissenschaften von naturwissenschaftlichen Methoden und Denkansätzen in hohem Maß beeinflußt wurden, ist ein offenes Geheimnis. Einen solchen Teufelskreis zu überwinden, scheint der etablierte und in der Regel detailfixierte Wissenschaftsbetrieb an den Universitäten mit seinen verdeckten Konkurrenzmechanismen und Ausleseprinzipien, mit seiner Akribie, Randbereiche der anerkannten Forschung aus Angst vor dem kollegialen Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit zu meiden, wenig geeignet zu sein. Skeptisch gewordene Wissenschafter, die sich in überschaubaren Gruppen mit zusammenhängenden Systemen in Gesellschaft und lebendiger Natur befassen und Arbeitsstil und Ergebnisverwertung unter sich selbst abstimmen, könnten bei der Entwicklung einer neuen, Geist, Seele und Natur umfassenden Wissenschaft die ersten, praktisch gangbaren Schneisen schlagen.
Angesichts der bedrohlichen ökologischen Lage und der Schwierigkeit, neue Ideen durchzusetzen, werden sie dabei mit ihren Kollegen aus der herrschenden Wissenschaft auf gleicher Ebene noch manche harte Debatte führen müssen.
Ohnehin müssen der zunehmend schwerer zu überwindende Widerspruch und die Vertrauenskluft zwischen etablierter Wissenschaft und dem in der Regel unkundigen Bürger dringend aufgelöst werden. Eine ökologische, soziale und populäre Natur- und Geisteswissenschaft könnte die aufgetane Lücke anfüllen und ganzheitliches Wissen und Bewußtsein über Natur und Menschen verbreiten. Nur so kann es gelingen, von Menschen verursachte gesellschaftliche und ökologische Fehlentwicklungen und Katastrophen auf Dauer wirksam auszuschließen.

SO, LEUTE!
WIR EMPFEHLEN EUCH WÄRMSTENS MAL IM ASTA-SCHREIBWARENLADEN VORBEIZUSCHAUN!
DORT GIBT'S NÄMLICH AUCH GUTE BÜCHER ZUM THEMA!

BUCHBESPRECHUNG

"Wir Untertanen" Bernd Engelmann

Geschichte aus der Sicht der Unterdrückten!

Drastisch zeigt Engelmann, daß Geschichte nicht nur aus den "Streitereien" von Königen besteht und das Leben der Menschen in diesen Zeiten nichts von dem der Adligen hatte. Vor den eigenen Augen sieht man die Lei en und das St ben der einfachen Bauern und Arbeiter, die für die Interessen der Mächtigen kämpfen und arbeiten mußten.
Auch zeigt er uns die Versuche der Beherrschten sich aus ihrer Situation zu befreien.

Es wird über das Leben der Leibeigenen in ständiger Angst und Rechtlosigkeit berichtet.
Die Leibeigenschaft z.B. wurde erst zu Beginn des 19 Jahrhunderts abgeschafft, dies aber natürlich nicht freiwillig, sondern unter erheblichem Widerstand des Adels. Es zeigt uns den Verrat des Bürgertums an Arbeitern und Bauernschaft in der Revolution von 1848 die Bourgiosie beteiligte sich nach Erreichung der eigenen Ziele an der Niederschlagung der Weiterkämpfenden.

Das Buch umfaßt die Zeit des Mittelalters bis hin zum Ende des 1. Weltkrieges.

Es werden keine Zahlen aneinandergereiht, es werden H ntergründe und Zusammenhänge der geschichtlichen Entwicklung beschrieben.

Warum nun diese Besprechung!

In der Zeit wirtschaftlicher Krisen hören wir immer wieder Rückbesinnung auf preussische Tugenden, Pünktlichkeit (Gehorsam) Ordnung (Militarismus) u.ä. So hört man zum Beispiel jetzt öfters, der Führer der Militärdiktatur Argentiniens Galtierie, sei das Muster eines preussischen Soldaten.

Wenn man Engelmanns Buch gelesen hat, dann wird man dem zustimmen können, denn Preußentum bedeutet eben nicht Pünktlichkeit, Ordnung, sondern Mord und Unterdrückung, und der "Alte Fritz" oder sein Vater, der "Soldatenkönig" kannten keine Interessen als die Vermehrung ihrer Macht. u Zeiten ihrer Herrschaft verschlechterten sich die Lebensverhältnisse der breiten Massen.

Das Beispiel von oben zeigt einmal, wie einfach es sich viele Menschen machen und Begriffe benutzen, ohne sich darum zu kümmern, was dahintersteckt; zum anderen ist hier ein Mann genannt, der mitverantwortlich ist für das, was sich der "Falkland-Krieg" nennt. Dieser Krieg Beispiel - und in "Wir Untertanen" finden sich zahlreiche weitere-für eine Politik, die nicht im Interesse der Bevölkerung gemacht wird; o "Herrsche ", Politiker Menschen sterben lassen und dies nur der eigenen Machterhaltung und der Vertuschung innerpolitischer Probleme dient.

Solange Politik nicht von denen gemacht wird, die sie betrifft, bleibt dieses Buch aktuell.

Bernt Engelmann, Wir Untertanen,

Fischer-Taschenbuch DM 9,80

AUS EINEM ALTERNATIVEN GESCHICHTSBUCH

"ERLAUBT MIR EINE FRAGE, VATTERN: MÜSST IHR WIRKLICH GAR SO TATTERN?"

"HINAUS! DU BIST NICHT MEHR MEIN SOHN!!" "SCHON GUT SCHON GUT! ICH GEH JA SCHON."

PODIUMSDISKUSSION

13. Schuljahr – Reform oder Vehikel?

Am 3. Juni 82 veranstaltet der AStA der TH eine Podiumsdiskusion zum Thema: "13. Schuljahr - Reform oder Vehikel?!"
Dabei soll es um folgende kurz beschriebene Inhalte gehen:
Der Streit um die Reform der gymnasialen Oberstufe ist schon so alt, wie diese Idee selbst. So wie es für die einen ein Schritt zur emanzipatorischen Bildung war, so wetterten die anderen gegen Gleichmacherei, dagegen, daß die Qualität der schulischen Bildung verwaschen würde.
Heute werden von verschiedener Seite Symptome analysiert, die wohl teilweise einer wissenschaftlichen Begründung bedürfen.
Die Behauptung, die im Raum steht, heißt: Abiturienten sind heute "dümmer, sprich weniger studierfähig" als das noch vor 10 Jahren der Fall war.
Um in die ganzen Argumentationsketten, die von verschiedener Seite in den Raum gestellt wurden, etwas zu erhellen, sollen folgende Fragenbereiche angesprochen werden:

1. Sind die neuen Studenten tatsächlich "vermindert" studierfähig und wenn ja, worin liegt das begründet?
2. Wie sind die Reformvorschläge, eine erhöhte Studierfähigkeit zu bewirken, letztlich zu bewerten?

Diese Vorschläge seien auch kurz umrissen:

- Abschaffung des 13. Schuljahres
- Einführung einer Studieneingangsphase
- Einführung von Studieeingangstets
- Umstrukurierung des Wahlsystems an den Schulen

Wir erwarten uns von der Diskussion einen Einstieg in eine qualitative Auseinandersetzung über die Studienreform an den Hochschulen sowie über die Reform der gymnasialen Oberstufe.
Viele der Vorschläge machen den Eindruck, als wolle man nur noch weitere Prüfungen in das Studium einbringen, ohne sich vorher auch nur annähernd Gedanken über deren Sinnhaftigkeit gemacht zu haben.
Wir hoffen, daß die inhaltliche Diskussion damit erweitert wird.
Bisher haben für das Podium fest zugesagt:

H. Böhme (Präsident der THD)
R. Wagner (MDL - FDP)
H.Lauterbach (MDL -CDU)
W.Reichenbacher (GEW)
C.Bayer (Stadtschulsprecher)
M.Siebel (AStA THD)

Weiterhin versuchen wir noch einen Vertreter der SPD zu gewinnen.
momentan ist noch im Gespräch:
P.Benz(Schuldezernent der Stadt Darmstadt)
Die Podiumsdiskussion findet statt am
3. Juni 82 um 19.30 Uhr
im Köhlersaal der THD.
Und natürlichseid ihr alle herzlich eingeladen.

AStA der TH

Hochschulpolitische Nachrichten

SPD NEIGT NUN DOCH PRIVATER HOCHSCHULE ZU

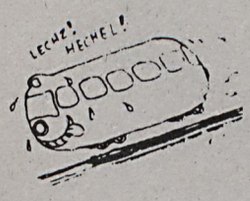
WITTEN/HERDECKE - Die Hochschulpolitiker der SPD-Fraktion des Düsseldorfer Landtags haben der nordrhein-westfälischen Landesregierung empfohlen, für die Gründung der geplanten privaten Hochschule in Herdecke (Ruhr) "grünes Licht" zu geben. "Unverzichtbare Voraussetzung" für die Genehmigung sei aber, daß der private Universitätsverein die an allen öffentlichen Hochschulen gesetzlich vorgesehenen Mitbestimmungsregelungen anerkenne. Studienplätze dürften nicht käuflich sein, ebenso müsse sichergestellt sein, daß dem Land durch die Neugründung keine Kosten entstünden, meinte der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Franz-Josef Kniola, bei einer Volkshochschul-Veranstaltung am 11. Mai in Witten.

In der nun einjährigen Auseinandersetzung um die Anerkennung der geplanten Privatuniversität hatte vor allem der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wegen der unklaren Mitwirkungsregelung gegen die Genehmigung Front gemacht. Es dürfe nicht zu einer "konzerneigenen" Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen kommen. Auch innerhalb des SPD-Fraktionsvorstandes und von Regierungsmitgliedern waren Bedenken geäußert worden (vgl. 16/82 S. 12 f). Kniola erklärte jetzt in Witten: "Wir wollen in Nordrhein-Westfalen keine industriebestimmten Berufsakademien wie in anderen Bundesländern". Die SPD habe "grundsätzliche Skepsis" gegen private Hochschulträger. Viele Befürchtungen hätten sich jedoch bei dem Herdecker Projekt ausräumen lassen. Bei derAnerkennung müsse aber der "modellhafte Charakter" der Hochschulgründung hervorgehoben werden. Gleichwohl räumte Kniola ein, daß er kaum Chancen für eine Ablehnung sehe. Ohne Änderung der Hochschulgesetze würde das Land eine Klage verlieren.

Die Gründung von mehr privaten Universitäten müsse möglich sein, meinte dagegen der stellvertretende rheinische CDU-Landesvorsitzende, Lothar Theodor Lemper. Der Wettbewerb fordere die staatlichen Hochschulen heraus. Die Landesregierung habe viel zu defensiv auf "Ideen und Engagement" des Herdecker Universitätsvereins reagiert. Lemper wie auch die FDP-Politikerin Silke Gerigk-Groth warfen Ministerpräsident Johannes Rau vor, daß er die Anerkennung des Herdecker Projekts absichtlich verzögere. Anders als bei Wirtschaftsverbänden stünden hier "ideelle Ziele" im Vordergrund, meinte die FDP-Vertreterin weiter. Die Privatinitiative sei ein interessanter Versuch, vom Bild "des forschenden Beamten" einmal wegzukommen.

Für den Herdecker Universitätsverein versicherte der Arzt Konrad Schily, die neue Hochschule werde von ihrer wissenschaftlichen Ausrichtung her für alle Theorien offen sein und sich nicht ausschließlich am anthroposophischen Weltbild zu orientieren.

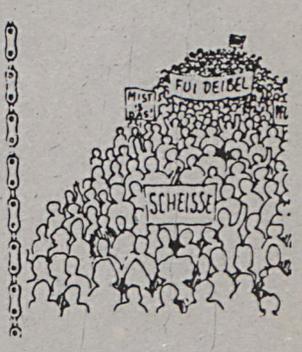
WENIGER ABBRECHER UNTER BAFÖG-STUDENTEN



BONN - Studenten, die Ausbildungsförderung (Bafög) erhalten, brechen nach Feststellungen des Bundesbildungsministeriums ihr Studium in geringerem Umfang ab als der Durchschnitt aller Studierenden. In ihrer Antwort auf eine Unionsanfrage verwies die Bundesregierung jetzt auf entsprechende Untersuchungen über Studienverlauf und Berufseintritt von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern im Jahr 1979. Danach waren etwa 13 Prozent aller befragten Exmatrikulierten an wissenschaftlichen Hochschulen und etwa 8,3 Prozent an Fachhochschulen Studienabbrecher. Bei ehemaligen Bafög-Empfängern, die die Hochschule verlassen hatten, lag die Abbrecher-quote dagegen nur bei 11,9 bzw. 7,5 Prozent. Insgesamt sei der Anteil der Bafög-Geförderten unter den erfolgreichen Hochschulabsolventen größer als der bei jenen, die ihr Studium aufgegeben hätten, hieß es in der Antwort. Besorgt sprach die Bundesregierung in diesem Zusammenhang über die sich in jüngster Zeit häufenden Versuche, die staatliche Ausbildungsförderung durch nicht belegbare Vermutungen oder Unterstellungen "ins Zwielicht zu bringen". Sie wies "ungerechtfertigte Angriffe auf das Bafög mit Nachdruck" zurück.

DSW: SOZIALE LAGE DER STUDENTEN VERSCHLECHTERT

BONN - Die soziale Lage der Studenten in der Bundesrepublik hat sich nach Auffassung des Deutschen Studentenwerks (DSW) in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Bei der Vorlage des Jahresberichts des Studentenwerks erklärte DSW-Präsident Prof. Hans-Ernst Folz am 29. April vor Journalisten in Bonn, die Schere zwischen Lebenshaltungskosten und Studentenförderung habe sich weiter geöffnet, die Wohnraumversorgung für die Studierenden sei prekärer geworden, die Preise für das Mensaessen hätten spürbar - teilweise bis zu 3o Prozent - erhöht werden müssen. Folz merkte dabei kritisch an, daß alle Länder ihre Zuschüsse an die Studentenwerke für das Mensaessen in diesem Jahr nicht der Kostenentwicklung entsprechend erhöht, sondern teilweise sogar noch gekürzt hätten.



Rund 2oo Studenten der Universität Bremen haben nach Angaben der Polizei am 27. April den Amtssitz des Bremer Finanzsenators besetzt. Ein Sprecher des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) der Hochschule sprach dagegen von 4oo bis 5oo Beteiligten. Nach Angaben des AStA-Sprechers richtete sich die Aktion der Studenten gegen die Erhöhung der Sozialwerksgebühren, die zum jetzt begonnenen Sommersemester von bisher zwölf auf 24 Mark pro Semester erhöht worden waren. Über 1.ooo Studenten der Bremer Universität - nach Angaben eines Boykottrats sogar 1.7oo - haben sich bisher geweigert, die erhöhten Gebühren zu bezahlen. Wissenschaftssenator Horst-Werner Franke (SPD) erklärte in einer Presseinformation, wer seine Sozialwerksgebühren nicht in voller Höhe bezahle, "verzichtet auf seine Rechte als Student

Veranstaltungen

25.5.

1. EL-Salvador Tag
mit Film ab 21°° h
"Die ersten Früchte des Elends"
Diskussion mit Vertreten
der "FDR" 3,- DM

26.5.

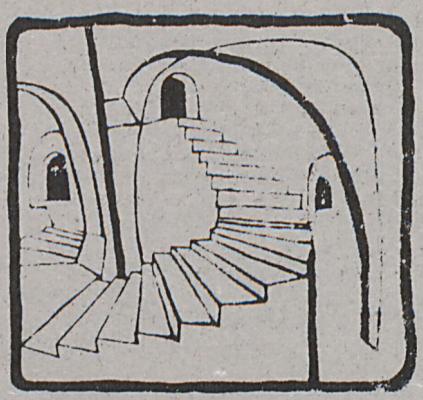
2. Musikfilm
"Cash in St. Quentin"
anschließend
Disko
3,- DM

28.5.

Didier's
Coffeegroup

Punk
Jazz
New Wave
Free Funk

4,- DM



**studenten
keller
im schloss**

27.5.

2. EL-Salvador-Tag
mit Film ab 21°° h
"EL Salvador, Land der
brennenden Häuser"
Diskussion mit dem
El-Salvador-Komitee
aus Frankfurt 3,- DM

29.5.

EL-Salvador-Fest
ab 18°° h
Film:
"El Salvador, another
Vietnam?"
Latein-amerik. Musikgruppe,
Info- + Essensstände 4,- DM

1.6. Pan Optikum
- exp. Musik aus Folk,
Klassik, Jazz 4,- DM

4.6. Aguirre
Rock-Jazz 4,- DM

5.6. ab 22°° h
Oldie-Disko